

Beantwortung Fragebogen betr. Beendigung von Gewalt an Frauen und Kindern

durch Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Abg.z.NR. Mag.^a Gisela Wurm, Justizsprecher
Abg.z.NR Dr. Johannes Jarolim, Sicherheitssprecher Abg. z.NR Otto Pendl

1. Im Zusammenhang mit Gewaltschutz und Prävention braucht es qualitativ hochwertige Datenerhebungen & Analysen. Liegen diese vor, kann die Situation von Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind massiv verbessert werden. Der SPÖ Parlamentsklub unterstützt daher die Forderung nach einer genderbasierten, regelmäßig abzufragenden Statistik und wir sich auch auf parlamentarischer Ebene dafür einsetzen.
2. Das Wissen der JustizbeamtInnen über das Phänomen der häuslichen Gewalt an Frauen und Kindern, insbesondere die Riskoeinschätzung und der Praxisbezug müssen kontinuierlich weiter verbessert werden. Wir fordern, dass entsprechende Schwerpunkte bereits im Rahmen der Grundausbildung gesetzt werden und werden uns im Rahmen der parlamentarischen Tätigkeit weiterhin dafür einsetzen.
3. Der Schutz von weiblichen Flüchtlingen vor geschlechtsspezifischer Gewalt muss noch stärker in den Fokus gerückt werden. Österreich hat als eines der ersten Länder die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ratifiziert, das Kapitel 7 nimmt besonders auf die Themen Migration und Asyl Rücksicht. Die Tatsache, dass Asylwerberinnen in Österreich in einigen Bundesländern noch immer ihre Grundversorgung verlieren, wenn sie sich aufgrund von Gewaltdelikten für ein Frauenhaus entscheiden, ist in diesem Zusammenhang entschieden abzulehnen. Das muss geändert werden. Asylwerberinnen, die von Gewalt betroffen sind müssen Schutz und professionelle Hilfe bekommen. Hier darf es keine Unterschiede geben.
4. Österreich übernimmt in Fragen des Gewaltschutzes eine internationale Vorreiterrolle. Erst jüngst konnte die Sozialdemokratie weitere Verbesserungen erreichen und trotz massivem Widerstands der ÖVP rund um VK Brandstetter wichtige Initiativen betr. §§205a und 218 StGB (Stichwort "Pograpschen") durchsetzen. Die Forderungen des NGO GREVIO Schattenberichts und die Empfehlung des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Gewaltschutzes sind hier wesentliche Leitlinien. Selbstverständlich sind die finanzielle Absicherung und der Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen sowie von Frauen- und Mädchenberatungsstellen zentrale Bestandteile der österreichischen Maßnahmen des Gewaltschutzes. Wir werden uns auf parlamentarischer Ebene auch in Zukunft für die erforderlichen Beschlüsse einsetzen. Allerdings muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass in Österreich aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzbestimmungen die Bundesländer für Frauenhäuser verantwortlich sind.

5. Derzeit werden 120 Besuchscafés von insgesamt 32 Trägerorganisationen in allen Bundesländern gefördert. Diese stehen im Einklang mit den jeweiligen Jugendschutzbestimmungen der Länder. Der Vorwurf, dass in diesem Rahmen die Sicherheit der Kinder nicht garantiert ist, ist gravierend. Wir werden dem jedenfalls nachgehen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen in die Wege leiten. Grundsätzlich ist Gewalt bei richterlichen Entscheidungen jedenfalls zu berücksichtigen, das Kindeswohl hat Priorität.

6. Neben dem Opferschutz kommt der Täterarbeit eine besondere Bedeutung zu. Der SPÖ Parlamentsklub setzt sich seit langem für einen entsprechenden Ausbau ein und so wurde auch im Zuge der letzten Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes ein besonderer Fokus auf Täterarbeit gelegt (Stichwort: Täterbelehrung). Wir werden uns weiterhin auf parlamentarischer Ebene für einen weiteren Ausbau und ausreichende Finanzierung einsetzen.

7. Aufgrund einer parlamentarischen Initiative des SPÖ Parlamentsklubs konnte das Frauenbudget im Jahr 2017 einmalig um 500.000 € erhöht werden. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Aus parlamentarischer Sicht ist es selbstredend, dass ein Teil der Mittel der Gewaltprävention zu Gute kommen muss. Der SPÖ Klub wird sich weiterhin für eine nicht nur einmalige, sondern nachhaltige Aufstockung des Frauenbudgets stark machen.